

4. Internationale BIP-Konferenz, Nürnberg 29.-31.5. 2026

Die Zukunft Palästinas

Begrüßung

Meine Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern!

Im Namen des Vorstandes von BIP danke ich Ihnen herzlich dafür, dass Sie hierhergekommen sind. Ihr Interesse und die Mühen, die Sie auf sich genommen haben, um an dieser Konferenz teilzunehmen, sind für uns eine Ermutigung.

1936 schrieb die große jüdische Dichterin Else Lasker-Schüler im Züricher Exil ihr berühmtes Gedicht „Mein blaues Klavier“. Sie klagt darin:

„Es steht im Dunkel der Kellertür,
Seitdem die Welt verrohte.“

Inzwischen ist die Welt wieder in einer Weise verroht, wie die meisten von uns es wohl nicht für möglich gehalten hätten. In diesen deprimierenden Zeiten ist die Versuchung groß, sich in die Passivität zurückzuziehen. Aber wir dürfen nicht aufhören zu hoffen und dementsprechend zu handeln. „Hoffnung ist der Widerstand gegen Resignation, Mutlosigkeit und Zynismus“, sagte der Theologe Steffensky. Und Hoffnung ist ansteckend, wie wir – hoffentlich – im Laufe dieser Konferenz erleben werden. [...]

Vor fast genau zwei Jahren fand hier die 3. Internationale BIP-Konferenz statt. Lassen Sie mich kurz auf einige Ereignisse in und um Palästina zurückblicken, die seit dieser Konferenz geschehen sind und für die Zukunft relevant sein können. Vieles von dem, was ich in diesem Überblick anreiß, wird später in den Vorträgen vertieft werden.

Am 19. Juli 2024 erstattete der Internationale Gerichtshof auf Antrag der UNO-Generalversammlung ein [Gutachten](#) zu den rechtlichen Konsequenzen, die sich aus den Politiken und dem Verhalten Israels im besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalem ergeben. Zentrale Pfeiler des Gutachtens sind das Verbot der gewaltsamen Aneignung von Gebieten und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Die beiden wichtigste Ergebnisse des Gutachtens: Der Staat Israel ist verpflichtet, seine rechtswidrige Anwesenheit im besetzten palästinensischen Gebiet so schnell wie möglich zu beenden. Und: Die anderen Staaten müssen Schritte unternehmen, um Handels- oder Investitionsbeziehungen zu verhindern, die zur Aufrechterhaltung der illegalen Situation, die Israel im besetzten palästinensischen Gebiet geschaffen hat, beitragen.

Die UNO-Generalversammlung begrüßte das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in einer [Resolution vom 13. September 2024](#). Sie forderte insbesondere,

dass Israel seine unrechtmäßige Anwesenheit in den besetzten Gebieten binnen 12 Monaten beendet.

Mehr und mehr Staaten [erkannten](#) Palästina an, darunter auch eine Reihe westlicher Staaten, nicht jedoch die Bundesrepublik Deutschland. Acht Staaten bildeten am 31. Januar 2025 die [The Hague Group](#), um gemeinsam Maßnahmen zur Durchsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen Israels gegenüber den Palästinensern zu treffen.

Netanyahu stemmte sich gegen die drohende Verhängung von Waffenembargos gegen Israel mit dem Argument, dass Israel einen [Siebenfrontenkrieg](#) führe: in Gaza gegen die Hamas, im Libanon gegen Hisbollah, im Jemen gegen die Huthi, im Irak und in Syrien gegen schiitische Milizen, in Judäa und Samaria gegen Terroristen und gegen den Iran.

Am 21. November 2024 erließ der Internationale Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen Haftbefehle gegen den Oberbefehlshaber des militärischen Zweigs der Hamas [Deif](#), gegen Benjamin [Netanyahu](#) und gegen den früheren israelischen Verteidigungsminister Yoav [Gallant](#). Erstaunlicherweise [erklärte](#) Friedrich Merz, damals designierter Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, er habe Netanyahu zugesagt, „dass wir Mittel und Wege finden werden, dass er Deutschland besuchen kann und auch wieder verlassen kann, ohne dass er festgenommen worden ist“.

Trump reagierte auf den Erlass der Haftbefehle gegen Netanyahu und Gallant mit einem Angriff auf den Internationalen Strafgerichtshof. Am 6. Februar 2025 erließ er die [Executive Order 14203](#) mit dem Titel „Verhängung von Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof“. Die Sanktionen umfassen die Aussetzung der Einreise in die Vereinigten Staaten für die sanktionierten Personen und ihre unmittelbaren Familienangehörigen sowie die Sperrung von Eigentum und Vermögenswerten. Die erste Person, gegen die Trump solche Sanktionen verhängte, war der Ankläger Karim Khan. Inzwischen sind im Zusammenhang mit den Haftbefehlen gegen Netanyahu und Gallant weitere Personen auf die Sanktionsliste gesetzt worden: Richter, stellvertretende Ankläger, palästinensische NGOs, die mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenarbeiten, und die Ihnen allen sicherlich bekannte Francesca Albanese.

Ein Dorn im Auge Israels ist das 1949 geschaffene Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina, dessen englischer Name mit UNRWA abgekürzt wird. Am 28. Oktober 2024 erließ Israel gesetzgeberische Maßnahmen, um die Tätigkeit von UNRWA im besetzten palästinensischen Gebiet mit Wirkung ab 30. Januar 2025 zu unterbinden. Vom 2. März bis zum 19. Mai 2025 ließ Israel [keinerlei humanitäre Hilfslieferungen](#) in den Gazastreifen. Mehr als [eine halbe Million Menschen](#) waren von akuter Hungersnot betroffen. Eine obskure Gaza Humanitarian Foundation sollte ab Ende Mai 2025 Hilfe bereitstellen. Der Weg zu ihren wenigen Verteilzentren erwies sich jedoch für viele als [Todesfalle](#).

Auf Antrag der UNO-Generalversammlung erstattet der Internationale Gerichtshof hauptsächlich wegen des UNRWA-Verbotes am 22. Oktober 2025 ein weiteres [Gutachten](#). Er kam er zu dem Schluss, dass die Vereinten Nationen, die über UNRWA handeln, ein unverzichtbarer Anbieter humanitärer Hilfe im Gazastreifen sind. Israel sei verpflichtet, Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen und ihrer Einrichtungen, einschließlich der UNRWA, zuzustimmen und sie zu erleichtern. Israel riss das [UNRWA-Hauptquartier](#) im Januar 2026 nieder. Mit Wirkung ab März 2026 [verbot](#) Israel 37 internationalen Hilfsorganisationen, die die Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern versorgen, die Arbeit im Gazastreifen und im Westjordanland, weil sie die Namen ihrer Mitarbeiter nicht preisgeben wollten.

Trump hatte die [Zukunftsvision](#), Gaza in eine Riviera des Nahen Ostens zu verwandeln. Er verkündete zu Gaza am 29. September 2025 im Weißen Haus in Anwesenheit des israelischen Premierministers Netanyahu einen [20-Punkte-Plan](#). Am 10. Oktober 2025 trat im Gazastreifen ein von Trump vermittelter Waffenstillstand in Kraft. Ein Team des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung (MPIDR) und des Centre for Demographic Studies (CED) kam zu dem [Ergebnis](#), dass die Zahl der konfliktbedingten Todesfälle in Gaza bis zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich 100.000 überschritten hatte.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen [stimmte](#) Trumps Plan am 17. November 2025 zu. Russland und China enthielten sich der Stimme.

Das Herzstück des Trump-Planes ist ein sog. Friedensrat unter dem Vorsitz von Präsident Trump. Er soll für die Verwaltung des Gazastreifens zuständig sein, bis die Palästinensische Autonomiebehörde ihr Reformprogramm zufriedenstellend abgeschlossen hat.

Zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser heißt es in der Resolution des Sicherheitsrates zu Trumps Plan: „Nachdem das Reformprogramm der Palästinensischen Autonomiebehörde gewissenhaft umgesetzt und der Wiederaufbau des Gazastreifens vorangetrieben wurde, könnten endlich die Voraussetzungen für einen glaubwürdigen Weg zur Selbstbestimmung und Staatsgründung der Palästinenser gegeben sein.“

Francesca Albanese [erklärte](#) angesichts dieser Resolution entsetzt: „Wir sind dabei, die Architektur unseres internationalen Systems zu zerstören.“ Craig Mokhiber [kommentierte](#): „Der Rat hat das Völkerrecht ignoriert und die Überlebenden von Gaza faktisch den Mittätern des Völkermordes ausgeliefert.“

Der Trumpsche Friedensrat mutierte schnell zu einer ganz anderen Institution. In der Charta des Friedensrats, die Trump am 19. Januar dieses Jahres veröffentlichte, werden weder Gaza noch Palästina erwähnt. Der Friedensrat wird als internationale Einrichtung zur Vermittlung in Konflikten und zur Förderung des Friedens dargestellt. Mit anderen Worten: Der Friedensrat ist als Alternative zu den Vereinten Nationen konzipiert.

Der Waffenstillstand in Gaza sollte sich schnell als brüchig erweisen. Es kam zu einer Zweiteilung des Gazastreifens: Die sog. gelbe Linie, hinter die sich die israelischen Truppen zurückgezogen hatten, teilt das Gebiet in eine von Israel und eine von der Hamas kontrollierte Zone. Diese Linie wird von Israel nach und nach zuungunsten der Palästinenser [verschoben](#).

Für die politische Großwetterlage war der Konflikt Israels mit dem Iran von herausragender Bedeutung. Am 13. Juni 2025 griff Israel den Iran an, ab dem 22. Juni 2025 unterstützt von den USA. Die Angriffe richteten sich in erster Linie gegen die iranischen Atomanlagen. Von Völkerrechtlern wurde diese Operation fast ausnahmslos als [völkerrechtswidriger Angriffskrieg](#) eingestuft. Der israelische Angriff erfolgte inmitten laufender Verhandlung zwischen den USA und dem Iran über dessen Atomprogramm. Friedrich Merz ließ sich zu der [Äußerung](#) hinreißen: „Das ist die Drecksarbeit, die Israel macht, für uns alle.“ Der Krieg endete nach 12 Tagen mit einer Waffenruhe.

Am 28. Februar dieses Jahres griffen Israel und die USA den Iran erneut völkerrechtswidrig an. Wieder erfolgte der Angriff während laufender Verhandlungen über das iranische Atomprogramm.

Vor dem Angriff hatte Trump in einem [Interview](#) mit der New York Times erklärt, dass er internationales Recht nicht brauche; seine Macht sei nur durch seine eigene Moral begrenzt. Damit war eine neue Stufe der Missachtung des Völkerrechts erreicht: Es wurde nicht einmal mehr versucht, die Fassade der Rechtstreue zu wahren.

Am 7. April [drohte](#) Trump dem Iran vor dem [Ablauf eines von ihm gesetzten Ultimatums zur Öffnung der Straße von Hormus](#) mit vollständiger Auslöschung. "Eine ganze Zivilisation wird heute sterben und nie mehr zurückkehren", schrieb er auf seiner Plattform Truth Social. In letzter Minute wurde diese Apokalypse durch Vermittlung eines zweiwöchigen Waffenstillstandes abgewandt.

Im Libanon ging Israel so brutal vor, dass UN-Generalsekretär [Guterres](#) vor einem „zweiten Gaza“ warnte.

Angesichts dieser Ereignisse titelte die [Tagesschau](#) am 16. April dieses Jahres: „Gaza im toten Winkel – der fast vergessene Krieg“. Sie berichtete, dass seit dem Beginn der Waffenruhe am 10. Oktober des vergangenen Jahres nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza mehr als 750 Menschen durch israelischen Beschuss getötet worden seien. Tausende seien verletzt worden, vor allem durch Luftangriffe. Ratten würden Menschen anfallen. Im Westjordanland wurden seit dem 7. Oktober 2023 bis Ende März dieses Jahres mehr als 3.700 Fälle von Siedlergewalt [dokumentiert](#). Es gab zahlreiche Tote. Die Siedler wurden so gut wie nie zur Rechenschaft gezogen. Am 31. März dieses Jahres [verabschiedete](#) das israelische Parlament ein Gesetz, das umgangssprachlich unter der Bezeichnung „Todesstrafe für Terroristen“ bekannt ist. Es betrifft ausschließlich Palästinenser. Am 11. Mai [berichtete](#) der zweifache Pulitzer-

Preisträger Nicholas Kristof in der *New York Times* unter dem Titel: „The Silence That Meets the Rape of Palestinians“ von schwerster sexueller Gewalt gegenüber Palästinensern in israelischen Gefängnissen.

Wegen der Menschenrechtsverletzungen Israels sammelte eine [Europäische Bürgerinitiative](#) bereits über eine Million Unterschriften, um die Suspendierung des [Assoziierungsabkommens EU-Israel](#) zu erreichen, durch das Israel große wirtschaftliche Vorteile hat. Es beruht nach seinem Artikel 2 auf der Achtung der Menschenrechte. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine vollständige oder partielle Suspendierung des Assoziierungsabkommens nicht nur beharrlich [abgelehnt](#), sondern kürzlich ein [Abkommen](#) über die formelle Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem israelischen Heer abgeschlossen.

Wir stehen also in mehrfacher Hinsicht vor einem Trümmerhaufen. Und trotzdem lautet das Thema dieser Konferenz „Die Zukunft Palästinas“. Der Menschenrechtsanwalt Wolfgang Kaleck schrieb in seinem kürzlich erschienenen Buch mit dem Titel „Die Stärke des Rechts vs Das Recht des Stärkeren (S. 219): „Zukunft entsteht aus der Fähigkeit, im Trümmerfeld des Gegenwärtigen ein Versprechen zu erkennen und dem Lauf der Geschichte einen anderen Impuls abzurufen.“ Das wollen wir auch auf dieser Konferenz im Rahmen unserer Möglichkeiten versuchen.

Ein Novum der diesjährigen Konferenz ist die Verleihung eines Menschenrechtspreises. Wir brauchen Vorbilder, „role models“, die uns inspirieren und Kraft geben. Und Menschen, die Vorbildliches geleistet haben, verdienen es, dass ihre Leistungen gewürdigt werden.

Der erste BIP-Menschenrechtspreis geht an Dr. Victoria Rose. Und damit gebe ich weiter an Martin Breidert.

Ninon Colneric